



AMTSBLATT

des Landkreises Dillingen a.d. Donau

151. Jahrgang	Dillingen a.d. Donau, den 09.12.2025	Nr. 16
---------------	--------------------------------------	--------

Das amtliche Verkündungsblatt des Landkreises Dillingen a.d. Donau ist dessen regelmäßig erscheinendes Amtsblatt. Es wird auf der Internetseite des Landratsamts Dillingen a.d. Donau unter www.landkreis-dillingen.de/Amtsblatt-landkreis-dillingen ausschließlich in elektronischer Form geführt und dort dauerhaft abrufbar gehalten. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Ausdrucke können kostenpflichtig beim Landratsamt Dillingen a.d. Donau, Große Allee 24, 89407 Dillingen a.d. Donau bestellt werden. Bei der Pressestelle des Landratsamts Dillingen a.d. Donau in 89407 Dillingen a.d. Donau, Große Allee 24, Zimmer 124 wird ein Ausdruck zur Einsicht auf Dauer bereitgehalten; sie gilt als die Veröffentlichung veranlassende Stelle im Sinne des Art. 17 Abs. 3 des Bayerischen Digitalgesetzes.

Inhaltsverzeichnis:

- Bekanntmachung über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Kreistags im Landkreis Dillingen a.d. Donau am 08.03.2026
- Vereinbarung zwischen der Stadt Höchstädt a.d. Donau, den Gemeinden Finningen und Lutzingen und dem Schulverband „Volksschule Höchstädt“
- Beteiligungsbericht des Landkreises Dillingen a.d. Donau gem. Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKro) für das Jahr 2025
- Haushaltssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Eichberggruppe Wengen
- Haushaltssatzung des Abwasserzweckverbandes Oberes Zusamtal

Bekanntmachung über die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Kreistags im Landkreis Dillingen a.d. Donau am 08. März 2026

1. Durchzuführende Wahl:

Am Sonntag, dem 08. März 2026, findet die Wahl von 60 Kreisräten statt.

2. Wahlvorschlagsträger

Wahlvorschläge dürfen nur von Parteien und von Wählergruppen (Wahlvorschlagsträgern) eingereicht werden. Der Begriff der politischen Partei richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz). Wählergruppen sind alle sonstigen Vereinigungen oder Gruppen natürlicher Personen, deren Ziel es ist, sich an Landkreiswahlen zu beteiligen. Parteien und Wählergruppen, die verboten sind, können keine Wahlvorschläge einreichen.

3. Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen

- 3.1 Die Wahlvorschlagsträger werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgefordert. Die Wahlvorschläge können ab Erlass dieser Bekanntmachung, jedoch spätestens am Donnerstag, dem 08. Januar 2026 (59. Tag vor dem Wahltag), 18 Uhr, dem Wahlleiter zugesandt oder während der allgemeinen Dienststunden im Landratsamt Dillingen a.d.Donau, Zimmer Nr. 301, übergeben werden.
Jeder Wahlvorschlagsträger darf nur einen Wahlvorschlag einreichen.
- 3.2 Werden mehrere gültige Wahlvorschläge eingereicht, findet die Wahl des Kreistags nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt.
- 3.3 Wird kein oder nur ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, findet die Wahl des Kreistags nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl statt.

4. Wählbarkeit zur Kreisrätin/zum Kreisrat

- 4.1 Für das Amt eines Kreisrats ist jede Person wählbar, die am Wahltag
- Deutsche im Sinn des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist;
 - das 18. Lebensjahr vollendet hat;
 - seit mindestens drei Monaten im Landkreis eine Wohnung hat, die nicht ihre Hauptwohnung sein muss, oder ohne eine Wohnung zu haben sich im Landkreis gewöhnlich aufhält. Wer die Wählbarkeit infolge Wegzugs verloren hat, jedoch innerhalb eines Jahres seit dem Wegzug in den Landkreis zurückkehrt, ist mit dem Zuzug wieder wählbar.
- 4.2 Von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist eine Person, die nach Art. 21 Abs. 2 GLKrWG nicht wählbar ist.

5. Aufstellungsversammlungen

- 5.1 Alle sich bewerbenden Personen werden von einer Partei oder einer Wählergruppe in einer Versammlung aufgestellt, die zu diesem Zweck für den gesamten Wahlkreis einzuberufen ist.

Diese Aufstellungsversammlung ist

- eine Versammlung der Anhänger einer Partei oder Wählergruppe,
- eine besondere Versammlung von Delegierten, die von Mitgliedern einer Partei oder Wählergruppe für die bevorstehende Aufstellung sich bewerbender Personen gewählt wurden, oder
- eine allgemeine Delegiertenversammlung, die nach der Satzung einer Partei oder einer Wählergruppe allgemein für bevorstehende Wahlen bestellt wurde.

Die Mehrheit der Mitglieder einer allgemeinen Delegiertenversammlung darf nicht früher als zwei Jahre vor dem Monat, in dem der Wahltag liegt, von den Mitgliedern einer Partei oder einer Wählergruppe gewählt worden sein, die im Zeitpunkt der Wahl der Delegierten im Wahlkreis wahlberechtigt waren.

Die Teilnehmer der Aufstellungsversammlung müssen im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlkreis wahlberechtigt sein. Die Aufstellungsversammlung darf nicht früher als 15 Monate vor dem Monat stattfinden, in dem der Wahltag liegt.

Die sich bewerbenden Personen werden in geheimer Abstimmung gewählt. Jede an der Aufstellungsversammlung teilnahmeberechtigte und anwesende Person ist hierbei vorschlagsberechtigt. Den sich für die Aufstellung bewerbenden Personen ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen.

- 5.2 Ersatzleute, die für den Fall des Ausscheidens einer sich bewerbenden Person in den Wahlvorschlag nachrücken, sind in gleicher Weise wie sich bewerbende Personen aufzustellen.
- 5.3 Mehrere Wahlvorschlagsträger können gemeinsame Wahlvorschläge einreichen. Gemeinsame Wahlvorschläge sind in einer gemeinsamen Versammlung aufzustellen. Die Einzelheiten vereinbaren die Wahlvorschlagsträger.
- 5.4 Bei Kreistagswahlen kann die Versammlung beschließen, dass sich bewerbende Personen zweimal oder dreimal auf dem Stimmzettel aufgeführt werden sollen.

6. Niederschriften über die Versammlung

- 6.1 Über die Aufstellungsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Aus der Niederschrift muss ersichtlich sein:
 - Die ordnungsgemäße Ladung zur Aufstellungsversammlung,
 - Ort und Zeit der Aufstellungsversammlung,
 - die Zahl der teilnehmenden Personen,
 - bei einer allgemeinen Delegiertenversammlung die Erklärung, dass die Mehrheit der Delegierten nicht früher als zwei Jahre vor dem Monat, in dem der Wahltag liegt, von den Mitgliedern einer Partei oder einer Wählergruppe gewählt worden ist, die im Zeitpunkt der Wahl der Delegierten im Wahlkreis wahlberechtigt waren,
 - der Verlauf der Aufstellungsversammlung,
 - das Wahlverfahren, nach dem die sich bewerbenden Personen gewählt wurden,
 - die Ergebnisse der Wahl der sich bewerbenden Personen, ihre Reihenfolge und ihre etwaige mehrfache Aufführung,
 - auf welche Weise ausgeschiedene sich bewerbende Personen ersetzt werden, sofern die Aufstellungsversammlung Ersatzleute aufgestellt hat.
- 6.2 Die Niederschrift ist von der die Aufstellungsversammlung leitenden Person und zwei Wahlberechtigten, die an der Versammlung teilgenommen haben, zu unterschreiben. Jede wahlberechtigte Person darf nur eine Niederschrift unterzeichnen. Auch sich bewerbende Personen dürfen die Niederschrift unterzeichnen, wenn sie an der Versammlung teilgenommen haben.
- 6.3 Der Niederschrift muss eine Anwesenheitsliste beigelegt sein, in die sich diejenigen Wahlberechtigten mit Namen, Anschrift und Unterschrift eingetragen haben, die an der Versammlung teilgenommen haben.
- 6.4 Die Niederschrift mit der Anwesenheitsliste ist dem Wahlvorschlag beizulegen.

7. Inhalt der Wahlvorschläge

- 7.1 Bei Kreistagswahlen darf jeder Wahlvorschlag höchstens so viele sich bewerbende Personen enthalten, wie Kreisräte zu wählen sind.

In unserem Landkreis darf daher ein Wahlvorschlag höchstens **60** sich bewerbende Personen enthalten. Wenn sich bewerbende Personen im Wahlvorschlag mehrfach aufgeführt werden, verringert sich die Zahl der sich bewerbenden Personen entsprechend.

Sich bewerbende Personen dürfen bei Wahlen für ein gleichartiges Amt, die am selben Tag stattfinden, nur in einem Wahlkreis aufgestellt werden. Sie dürfen bei einer Wahl nur in einem Wahlvorschlag benannt werden.

- 7.2 Jeder Wahlvorschlag muss den Namen der Partei oder der Wählergruppe als Kennwort tragen. Gemeinsame Wahlvorschläge müssen die Namen sämtlicher daran beteiligter Parteien oder Wählergruppen tragen. Kurzbezeichnungen, bei denen der Name der Partei oder der Wählergruppe nur durch eine Buchstabenfolge oder in anderer Weise ausgedrückt wird, reichen als Kennwort aus. Dem Kennwort ist eine weitere Bezeichnung beizufügen, wenn das zur deutlichen Unterscheidung der Wahlvorschläge erforderlich ist.

Wird ein Wahlvorschlag ohne Kennwort eingereicht, gilt der Name des Wahlvorschlagsträgers als Kennwort, bei einem gemeinsamen Wahlvorschlag gelten die Namen sämtlicher daran beteiligter Parteien oder Wählergruppen in der im Wahlvorschlag genannten Reihenfolge als Kennwort.

- 7.3 Organisierte Wählergruppen haben einen Nachweis über die Organisation vorzulegen, wenn sie als organisiert behandelt werden sollen.

- 7.4 Jeder Wahlvorschlag soll eine beauftragte Person und ihre Stellvertretung bezeichnen, die im Landkreis wahlberechtigt sein müssen. Fehlt diese Bezeichnung, gilt die erste unterzeichnende Person als beauftragte Person, die zweite als ihre Stellvertretung. Die beauftragte Person ist berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen. Im Zweifelsfall gilt die Erklärung der beauftragten Person.

- 7.5 Jeder Wahlvorschlag muss die Angabe sämtlicher sich bewerbender Personen in erkennbarer Reihenfolge entsprechend der Aufstellung in der Niederschrift über die Aufstellungsverammlung nach Familienname, Vorname, Tag der Geburt, Geschlecht, Beruf oder Stand und Anschrift enthalten.

- 7.6 Angegeben werden können

- Geburtsnamen, falls sich die Namensführung innerhalb von 2 Jahren vor dem Wahltag geändert hat,
- kommunale Ehrenämter und im Grundgesetz und in der Verfassung vorgesehene Ämter, falls diese in den Stimmzettel aufgenommen werden sollen. Es sind dies insbesondere: Ehrenamtliche erste, zweite oder dritte Bürgermeisterin, ehrenamtlicher erster, zweiter oder dritter Bürgermeister, Gemeinderatsmitglied, stellvertretende Landrätin, stellvertretender Landrat, Kreisrätin, Kreisrat, Bezirkstagspräsidentin, Bezirkstagspräsident, stellvertretende Bezirkstagspräsidentin, stellvertretender Bezirkstagspräsident, Bezirksrätin, Bezirksrat, Mitglied des Europäischen Parlaments, des Bundestags, des Landtags.

Dreifach aufzuführende sich bewerbende Personen erscheinen auf dem Stimmzettel vor den zweifach aufzuführenden und diese vor den übrigen sich bewerbenden Personen.

- 7.7 Die sich bewerbende Person muss erklären, dass sie der Aufnahme ihres Namens in den Wahlvorschlag zustimmt und dass sie bei Wahlen für ein gleichartiges Amt, die am selben Tag stattfinden, nur in einem Wahlkreis aufgestellt wird. Wird eine mehrfache Aufstellung festgestellt, hat die sich bewerbende Person dem Wahlleiter nach Aufforderung mitzuteilen, welche Bewerbung gelten soll. Unterlässt sie diese Mitteilung oder widersprechen sich die Mitteilungen, sind die Bewerbungen für ungültig zu erklären.

Die sich bewerbende Person muss außerdem erklären, dass sie nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist.

- 7.8 Ein Wahlvorschlag zur Wahl des Kreistags muss ferner für jede sich bewerbende Person eine Bescheinigung der Gemeinde, in der die sich bewerbende Person ihre Wohnung, die nicht ihre Hauptwohnung sein muss, oder ohne eine Wohnung zu haben ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, über ihre Wählbarkeit enthalten.

Das Gleiche gilt für Ersatzleute.

- 7.9 Ein Wahlvorschlag zur Wahl des Kreistags muss für jede sich bewerbende Person eine Bescheinigung der Gemeinde, in der die sich bewerbende Person ihre alleinige Wohnung oder ihre Hauptwohnung hat, bei Personen ohne Wohnung der letzten Wohnsitzgemeinde, enthalten, dass sie nicht von der Wählbarkeit ausgeschlossen ist. Die Gemeinde darf diese Bescheinigung nur einmal ausstellen.

Das Gleiche gilt für Ersatzleute.

- 7.10 Die Bescheinigungen zu 7.8 und 7.9 können zusammen auf einem Formularblatt durch die Gemeinde erteilt werden, in der die sich bewerbende Person ihre alleinige Wohnung oder ihren Hauptwohnsitz hat.

- 7.11 Zusätzlich erforderlich sind bei der Kreistagswahl gemeindliche Bescheinigungen über das Wahlrecht der Beauftragten und ihrer Stellvertretung sowie der Unterzeichner der Wahlvorschläge.

8. Unterzeichnung der Wahlvorschläge

Jeder Wahlvorschlag muss von zehn Wahlberechtigten unterschrieben sein, die am 19. Januar 2026 (48. Tag vor dem Wahltag) wahlberechtigt sind. Die Unterzeichnung durch sich bewerbende Personen oder Ersatzleute eines Wahlvorschlags ist unzulässig. Die Unterschriften auf dem Wahlvorschlag müssen eigenhändig geleistet werden. Die Unterzeichnenden müssen Familienname, Vorname und Anschrift angeben und im Landkreis wahlberechtigt sein. Jeder Wahlberechtigte darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Die Zurückziehung einzelner Unterschriften, der Verlust des Wahlrechts oder der Tod eines Unterzeichnenden des Wahlvorschlags berührt die Gültigkeit des Wahlvorschlags nicht.

9. Unterstützungslisten für Wahlvorschläge

- 9.1 Wahlvorschläge von neuen Wahlvorschlagsträgern müssen nicht nur von zehn Wahlberechtigten unterschrieben werden, sondern zusätzlich von mindestens **340** Wahlberechtigten durch Unterschrift in Listen, die bei der Gemeinde oder bei der Verwaltungsgemeinschaft aufliegen, unterstützt werden. Neue Wahlvorschlagsträger sind Parteien und Wählergruppen, die im Kreistag seit dessen letzter Wahl nicht auf Grund eines eigenen Wahlvorschlags ununterbrochen bis zum 90. Tag vor dem Wahltag vertreten waren; sie benötigen allerdings dann keine zusätzlichen Unterstützungsunterschriften, wenn sie bei der letzten Landtags-

wahl oder bei der letzten Europawahl mindestens fünf v.H. der im Land insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen oder bei der letzten Bundestagswahl mindestens fünf v.H. der im Land abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten haben. Maßgeblich sind die vom Landeswahlleiter früher als drei Monate vor dem Wahltag bekannt gemachten Ergebnisse.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag bedarf keiner zusätzlichen Unterstützungsunterschriften, wenn dessen Wahlvorschlagsträger in ihrer Gesamtheit im Kreistag seit dessen letzter Wahl auf Grund des gleichen gemeinsamen Wahlvorschlags bis zum 90. Tag vor dem Wahltag vertreten waren oder wenn mindestens einer der beteiligten Wahlvorschlagsträger keine zusätzlichen Unterstützungsunterschriften benötigt.

9.2 In die Unterstützungsliste dürfen sich **nicht** eintragen:

- die in einem Wahlvorschlag aufgeführten sich bewerbenden Personen und Ersatzleute,
- Wahlberechtigte, die sich in eine andere Unterstützungsliste eingetragen haben,
- Wahlberechtigte, die einen Wahlvorschlag unterzeichnet haben.

9.3 Während der Eintragungszeiten ist in dem Gebäude, in dem sich der Eintragungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude jede Behinderung oder erhebliche Belästigung der sich Eintragenden verboten.

9.4 Die Zurücknahme gültiger Unterschriften ist wirkungslos.

9.5 Die Einzelheiten über die Eintragsfristen, die Eintragungsräume, die Öffnungszeiten und die Ausstellung von Eintragungsscheinen an kranke Personen oder Menschen mit körperlicher Behinderung werden von der Gemeinde gesondert bekannt gemacht.

10. Zurücknahme von Wahlvorschlägen

Die Zurücknahme der Wahlvorschläge im Ganzen ist nur bis zum 08. Januar 2026 (59. Tag vor dem Wahltag), 18 Uhr, zulässig. Über die Zurücknahme von Wahlvorschlägen im Ganzen beschließen die Wahlvorschlagsträger in gleicher Weise wie über die Aufstellung der Wahlvorschläge. Die beauftragte Person kann durch die Aufstellungsversammlung verpflichtet werden, unter bestimmten Voraussetzungen den Wahlvorschlag zurückzunehmen.

Dillingen a.d.Donau, den 09.12.2025

Thomas Strehler
Wahlleiter

30-0500.2

Vereinbarung zwischen der Stadt Höchstädt a.d.Donau, den Gemeinden Finningen und Lutzingen und dem Schulverband "Volksschule Höchstädt"

Die Gemeinderäte der Gemeinden Finningen und Lutzingen, der Stadtrat der Stadt Höchstädt a.d.Donau sowie die Verbandsversammlung des Schulverbandes "Volksschule Höchstädt" haben in ihren jeweiligen Sitzungen am 03.02.2021, 31.01.2011, 14.02.2011, und 24.02.2011 den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags zur Regelung von Rechtsbeziehungen für die Grundschule Höchstädt a.d.Donau beschlossen.

Der Vereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag) wurde mit Bescheid des Landratsamts Dillingen a.d.Donau vom 13.11.2025, AZ 30-0500.2/2025 gem. Art. 8 Abs. 3 Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz – BaySchFG – zugestimmt.

Die Vereinbarung wird nachfolgend bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Schulverband Höchstädt zwischenzeitlich den Namen „Grund- und Mittelschule Höchstädt a.d.Donau“ trägt.

Strehler
Oberregierungsrat

Vertrag gem. Art. 8 Abs. 3 BaySchFG

Öffentlich – rechtlicher Vertrag zur Regelung von Rechtsbeziehungen für die Grundschule Höchstädt a.d.Donau

Der Schulverband „Volksschule Höchstädt“, vertreten durch die Verbandsvorsitzende Hildegard Waner,

sowie

die Stadt Höchstädt a.d.Donau,
vertreten durch den Zweiten Bürgermeister Wolfgang Kohout,

die Gemeinde Finningen
vertreten durch den Ersten Bürgermeister Klaus Friegel

und

die Gemeinde Lutzingen,
vertreten durch den Ersten Bürgermeister Eugen Götz,

schließen gem. Art. 8 Abs. 3 BaySchFG in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.05.2000 (GVBl S. 455; ber. S. 633), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.07.2000 (GVBl. S. 334), folgenden öffentlich-rechtlichen Vertrag:

§ 1 Allgemeines

- (1) Von der bisherigen Volksschule Höchstädt wird durch die Verordnung der Regierung von Schwaben vom 23.09.2010 (RABl Schw. S: 279) mit Wirkung vom 01.08.2010 der Schulsprengel des Grundschulbereiches herausgelöst und der neu errichteten Grundschule Höchstädt zugeordnet. Der Hauptschulbereich wird sprengelmäßig unverändert in der neuen Mittelschule Höchstädt fortgeführt. Demnach bleibt der Schulverband „Volksschule Höchstädt“ für die Mittelschule Höchstädt weiterbestehen.
- (2) Entsprechend der in vorstehender Verordnung getroffenen Sprengelregelung haben den Schulaufwand für die neue Grundschule die Stadt Höchstädt a.d.Donau und die Gemeinden Finningen und Lutzingen zu tragen. Nach Art. 9 Abs. 1 BaySchFG würde für diese Grundschule ein eigener Schulverband entstehen, wenn der Schulaufwand nicht im Rahmen des Art. 8 Abs. 3 von einer anderen kommunalen Körperschaft übernommen wird. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung soll daher mit diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag der Schulaufwand für die neu errichtete Grundschule Höchstädt a.d.Donau dem Schulverband „Volksschule Höchstädt“ übertragen werden.

§ 2 Übernahme des Schulaufwands

- (1) Der Schulverband „Volksschule Höchstädt“ verpflichtet sich, den Schulaufwand für die Grundschule Höchstädt anstelle der verpflichteten Stadt Höchstädt a.d.Donau und den Gemeinden Finningen und Lutzingen zu tragen. Zum Schulaufwand gehören alle Aufwendungen im Sinne des Art. 3 BaySchFG in Verbindung mit Anlage 1 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) einschließlich der Schülerbeförderungskosten.
- (2) Die Stadt Höchstädt a.d.Donau und die Gemeinden Finningen und Lutzingen beteiligen sich gegenüber dem Schulverband „Volksschule Höchstädt“ an den durch den Betrieb der Grundschule entstehenden und anderweitig nicht gedeckten Kosten nach Maßgabe der Zahl der anteiligen Schülerinnen und Schüler (Art. 8 Abs. 4 Satz 1 BaySchFG).

§ 3 Obliegenheiten des Schulverbandes

- (1) Der Schulverband stellt für den Lehr- und Lernbetrieb der Grundschule Höchstädt das Schulgebäude samt Einrichtungen zur Verfügung. Hierzu gehören auch die Schulturnhalle, der Schulsportplatz, die Lehr- und Lernmittel, eine Lehrer- und eine Schülerbücherei, der Bürobedarf, das Haltenbad und das Hauspersonal.
- (2) Der Schulverband bewirtschaftet das Schulvermögen, soweit es Gegenstand dieses Vertrages ist. Er sorgt für den Unterhalt und für die rechtzeitige Ersatzbeschaffung und Ergänzung der in Abs. 1 genannten Einrichtungen und Gegenstände.
- (3) Zu den Obliegenheiten des Schulverbandes gehören darüber hinaus insbesondere die
 - a) Bereitstellung der Einrichtungen für die Betreuung der Kinder außerhalb der Unterrichtszeit, soweit sie im Rahmen der üblichen Mittags- und Nachmittagsbetreuung an Schulen liegt oder zur Beaufsichtigung bis zur regulären Abfahrt des Schulbusses notwendig ist,
 - b) Durchführung der Wahl zum Elternbeirat für die Grundschule nach Maßgabe der hierzu erlassenen Vorschriften.

§ 4 Schülerbeförderung

Die Schülerbeförderung wird durch den Schulverband organisiert.

§ 5 Finanzbedarf – Umlage des Schulaufwands

- (1) Der nicht gedeckte Finanzbedarf wird auf die Stadt Höchstädt a.d.Donau und die Gemeinden Finningen und Lutzingen umgelegt. Dieser Ausgleichsbetrag wird nach den Schülerzahlen am 01.10. des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorausgeht, bemessen. Gastschüler im Sinn von Art. 43 Abs. 1 BayEUG bleiben außer Ansatz.
- (2) Die Ausgleichszahlung wird je nach Kassenlage von der Verwaltung eingefordert.
- (3) Ist die Haushaltssatzung noch nicht erlassen, so kann der Schulverband Vorauszahlungen in Höhe des vorjährigen Ausgleichsbetrags erheben. Sobald die endgültige Ausgleichszahlung feststeht, ist diese vorläufige Zahlung zum nächsten Fälligkeitszeitpunkt abzurechnen.
- (4)

§ 6 Kündigung

- (1) Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten zum Ende des Schuljahres gekündigt werden. Schuljahresende ist entsprechend Art. 5 BayEUG jeweils der 31. Juli eines Jahres.

(2) Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist an die beiden übrigen Vertragsparteien zu richten.

§ 7
Rechtsaufsichtsbehörde

Der Vertrag bedarf der Zustimmung des Landratsamtes Dillingen als Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 8
Inkrafttreten

Dieser Vertrag tritt mit Wirkung vom 01.08.2010 in Kraft.

Höchstädt a.d.Donau, 07.03.2011

Schulverband Höchstädt

Hildegard Wanner

Schulverbandsvorsitzende

Stadt Höchstädt

Wolfgang Kohout

Zweiter Bürgermeister

Gemeinde Finningen

Klaus Friegel

Erster Bürgermeister

Gemeinde Lutzingen

Eugen Götz

Erster Bürgermeister

Beteiligungsbericht des Landkreises Dillingen a. d. Donau gem. Art. 82 Abs. 3 Landkreisordnung (LKrO)
für das Jahr 2025

**Der Beteiligungsbericht des Landkreises Dillingen a. d. Donau nach Art. 82 Abs. 3 LKrO
über seine Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts wurde
dem Kreistag in seiner Sitzung am 28.11.2025 vorgelegt.**

Dieser Bericht liegt vom Tage nach dieser Bekanntmachung an eine Woche lang beim Landratsamt Dillingen, Finanzverwaltung, Zimmer Nr. 035, während der üblichen Dienststunden öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Dies wird hiermit bekannt gegeben.

Dillingen a. d. Donau, den 02.12.2025

Markus Müller

Landrat

Haushaltssatzung
des
Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Eichberggruppe Wengen
(Landkreis Dillingen a.d.Donau) für das Haushaltsjahr **2026**

Auf Grund der Art. 40 und 26 Abs. 1 KommZG i.V.m Art. 68 Abs. 1, 63 ff. GO und § 13 EBV erlässt der Zweckverband zur Wasserversorgung der Eichberggruppe Wengen folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit festgesetzt.

Er schließt im Erfolgsplan

in den Einnahmen und Ausgaben mit **211.200 Euro**

und im Vermögensplan

in den Einnahmen und Ausgaben mit **66.000 Euro**

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögensplan werden nicht festgesetzt.

§ 4

Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan werden bis zu einem Betrag von 40.000 Euro festgesetzt.

§ 5

Diese Haushaltssatzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Villenbach, den 09.12.2025

Werner Filbrich
Verbandsvorsitzender

Vorstehende Haushaltssatzung wird hiermit nach Genehmigung der Rechtsaufsicht vom 03.12.2025 Az. 30-9410.315/26 amtlich bekannt gemacht. Sie liegt zusammen mit den Anlagen am Sitz des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Eichberggruppe Wengen im Rathaus der Gemeinde Villenbach, Hauptstraße 17, 86637 Villenbach während der allgemeinen Sprechstunden des Bürgermeisters bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung zur Einsichtnahme auf (Art. 40 KommZG, Art. 65 Abs. 3 GO).

Villenbach, den 09.12.2025

Werner Filbrich
Verbandsvorsitzender

I.
HAUSHALTSSATZUNG
des Abwasserzweckverbandes Oberes Zusamtal
Landkreis Dillingen a.d. Donau für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der §§ 16 - 18 der Verbandssatzung und der §§ 41, 42 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in der Verbindung mit Art. 63 ff der Gemeindeordnung (GO) erlässt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird im **Verwaltungshaushalt**
in den Einnahmen und Ausgaben auf 435.000,00 €
und im **Vermögenshaushalt**
in den Einnahmen und Ausgaben auf 145.000,00 € festgesetzt.

§ 2

Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt werden nicht aufgenommen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

(1) Betriebskostenumlage

Der durch Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt (Umlagesoll)
wird auf 349.000,00 €
festgesetzt und auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Umlegungsschlüssel ist

Gemeinde Villenbach	41,33 %	144.000,00 €
Stadt Wertingen	17,66 %	62.000,00 €
Gemeinde Zusamaltheim	41,01 %	143.000,00 €

(2) Investitionsumlage

1. Der durch Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt für Anlagen nach § 4 Abs. 2 Ziff. 1 der Verbandssatzung (Umlagesoll gem. § 17 Abs. 2 Ziff. 1 der Verbandssatzung) wird auf 35.000,00 € festgesetzt und auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Gemeinde Villenbach	42 %	14.500,00 €
Stadt Wertingen	18 %	6.500,00 €
Gemeinde Zusamaltheim	40 %	14.000,00 €

2. Der durch Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt für Anlagen nach § 4 Abs. 2 Ziff. 2 der Verbandssatzung (Umlagesoll gem. § 17 Abs. 2 Ziff. 2 der Verbandssatzung) wird auf 0,00 € festgesetzt und auf die Verbandsmitglieder wie folgt umgelegt:

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 50.000,00 € festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2026 in Kraft.

Wertingen, den 08.12.2025
Abwasserzweckverband Oberes Zusamtal

Stephan Lutz
Verbandsvorsitzender

II.

Das Landratsamt Dillingen a.d. Donau hat mit Schreiben vom 01.12.2025, Az.: 30-9410.304/26 festgestellt, dass die Haushaltssatzung 2026 keine genehmigungspflichtigen Teile enthält.

III.

Die Haushaltssatzung samt deren Anlagen liegt bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Wertingen (Schloss), Schulstr. 12, Zi-Nr. 010, innerhalb der allgemeinen Geschäftsstunden zur Einsicht bereit.

Wertingen, den 09.12.2025

Stephan Lutz
Verbandsvorsitzender

Dillingen a.d. Donau, 09.12.2025

Markus Müller
Landrat